

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des
Kreisdirektors und Kämmerers
Rainer Stratmann
zur Einbringung des Haushaltes 2011
für den Kreis Unna

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

als ich vor fast genau einem Jahr den Haushalt 2010 eingebracht habe, befanden wir uns gerade mitten in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Dass diese Krise nicht vor den Toren der Kommunen Halt machen würde, war angesichts der dramatischen Zahlen jedem klar. Der Haushalt 2010 schien kaum noch zu händeln, die Aussichten auf 2011 waren schlichtweg verheerend. Drastisch steigende Sozialaufwendungen und wegbrechende Steuereinnahmen beim Bund, bei den Ländern und auch bei den Kommunen bestimmten das Tagesgeschäft.

Heute können wir zwar noch nicht feststellen, dass die Krise vorüber ist, das sicher nicht, aber wir können das Jahr 2011 doch etwas gelassener angehen als wir noch vor einem Jahr dachten.

Die schnellen und mutigen Entscheidungen beim Bund, bei den Ländern und auch bei den Gemeinden – sprich Konjunkturpakete und Begleitgesetze - haben gewirkt, offensichtlich waren es daher auch die richtigen Entscheidungen. Inzwischen zieht die Konjunktur deutlich an, auch mittel- bis langfristig sehen die Zahlen günstiger aus als noch vor einigen Monaten.

o Schon bei der Bewirtschaftung des Haushaltes 2010 konnten wir feststellen, dass es besser lief - aber noch längst nicht gut, sondern nicht so schlecht wie befürchtet. Wir haben das nicht nur mit Freude zur Kenntnis genommen, sondern der Kreistag hat auf Vorschlag des Landrates schnell reagiert und schon am 28.09.2010 die allgemeine Kreisumlage im Rahmen einer Nachtragssatzung um einen Punkt gesenkt – immerhin eine Entlastung von 4,5 Mio. für unsere Städte und Gemeinden.

Gerade vor einigen Tagen haben wir die entsprechende Verfügung des neuen Regierungspräsidenten Dr. Bollermann ins Haus bekommen, der diese Entscheidung zu Gunsten der Städte und Gemeinden außerordentlich positiv bewertet und dem Kreis dazu gratuliert, dass er jede Chance zur Verminderung der Kreisumlage auch nutzt.

Die neue Landesregierung hat angekündigt, im Rahmen eines Nachtragsgesetzes zum GFG 2010 den Städten, Gemeinden und Kreisen insgesamt zusätzlich weitere 300 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Dies wird möglich durch die Abschaffung von sogenannten Befragungen und der Wiedereinbeziehung des viersiebtel Anteils an der Grunderwerbssteuer, die den Kommunen in den letzten Jahren genommen worden sind. Damit können die Städte und Gemeinden im Kreis Unna insgesamt noch in diesem Jahr mit rd. 5,5 Mio. Euro mehr Einnahmen rechnen, auch der Kreis Unna profitiert von diesem Nachtragshaushalt mit rd. 1,3 Mio. Euro zusätzlicher Schlüsselzuweisung.

Aber - das funktioniert nur, wenn dieses Gesetz auch eine Mehrheit findet. Hier setze ich auf die Vernunft aller Fraktionen im Landtag und insbesondere auf die koalitionsübergreifende Einsicht, dass den Kommunen vom Land geholfen werden muss. Ein deutliches Signal in die richtige Richtung ist der gemeinsame Antrag von SPD und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU, also der Opposition im Landtag, die zusammen für eine handlungsfähige und zukunftsfähige Kommunallandschaft in NRW eintreten und sich als Partner und Anwalt der Kommunen verstehen wollen.

Eine weitere finanzielle Entlastung in beachtlicher Größenordnung wird auch das neue Wohngeldentlastungsgesetz bringen. Diese deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzsituation des Kreises und seiner Städte und Gemeinden beruht auf unserem Erfolg vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster. Hier ist uns in vollem Umfang Recht gegeben worden, das entsprechende Gesetz ist von Anfang an für Null und Nichtig erklärt worden. Nebenbei bemerkt, der Kreis Unna

war einer der Hauptinitiatoren für den Gang zum Verfassungsgerichtshof, dem sich dann weitere acht Kreise und kreisfreie Städte angeschlossen haben.

Der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet für den Kreis Unna eine Nachzahlung für die Jahre 2007 bis 2009 von rd. 13,4 Mio. Euro. Dazu kommt, dass der Kreis Unna auch strukturell für die Zukunft um rd. 5 Mio. Euro pro Jahr besser gestellt wird. Allerdings - in den letzten Tagen hört man hier und da -, dass zu diesem Gesetzesentwurf doch noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Es könnte sein, dass sich die Zahlen noch verändern. Gleichwohl ist das neue Wohngeldentlastungsgesetz - mit der Nachzahlung in welcher Höhe auch immer und mit der strukturellen Verbesserung für die Zukunft - ein Riesenerfolg. Ich hoffe, dass das Gesetz noch in diesem Jahr verabschiedet wird, wir sind dringend auf die uns zustehenden Zahlungen angewiesen.

Wenn auch der Kreis Unna vor dem Verfassungsgerichtshof gewonnen hat, so steht dieses Geld natürlich nicht nur dem Kreis alleine zu. Es ist mehr als recht und billig, die Nachzahlungen aus dem Wohngeldentlastungsgesetz den Städten und Gemeinden eins zu eins weiterzuleiten, die Städte und Gemeinden haben uns schließlich auch die entsprechenden Zahlungen in der Vergangenheit geleistet. Was den Haushalt 2011 angeht, haben wir aus dem Wohngeldentlastungsgesetz einen Betrag von rd. 5,7 Mio. Euro zusätzlich fest eingeplant.

Sie sehen, es ist in 2010 noch einiges in Bewegung gekommen, viel wichtiger ist aber, dass diese Verbesserungen auch strukturell wirken und uns für die Zukunft stärken.

Damit zum Haushalt 2011:

Die Steuerkraftmesszahlen für die Städte und Gemeinden als ein wichtiger Bestandteil der Umlagegrundlagen gehen leider um 7,5 % oder um fast 24 Mio. Euro zurück. Das ist im Nachlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen und der Referenzperiode vom 01.07.2009 bis zum 30.06.2010 geschuldet. In dieser Zeit waren die Steuereinnahmen bei den Städten und Gemeinden stark rückläufig, im Kreis Unna bei einigen Städten und Gemeinden sogar bis an die 30 %. Es ist aber schon jetzt erkennbar, dass diese Entwicklung wegen der deutlich verbesserten Konjunktur sich normalisiert und damit die Steuerkraft für die neue Referenzperiode 2010/2011 wieder anzieht.

Diese Steuerkraftmesszahlen sind sicher, nicht sicher sind allerdings die weiteren Parameter für die Berechnung der Kreisumlagegrundlagen.

Aufgrund der späten Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 - wahrscheinlich erst im Frühjahr 2011 – und der ebenfalls späten Verabschiedung des Haushaltes des Landschaftsverbandes liegen uns zur Zeit dazu keine verlässlichen Plandaten vor. Wir müssen daher bei der sehr frühen Einbringung unseres Haushaltes von selbst erstellten Prognosen ausgehen. Deshalb weise ich schon jetzt darauf hin, dass wir bei grundsätzlich veränderter Sachlage gegenüber unserer Prognose mit einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2011 rechnen müssen.

Auch für die differenzierte Kreisumlage könnte es noch einige positive Effekte geben, da aufgrund eines weiteren Gerichtsurteils des Verfassungsgerichtshofes Veränderungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung kommen werden - daher hier nochmals der Hinweis auf die zeitliche Dimension und die relative Unsicherheit der Datenlage.

Wir gehen in unseren Annahmen davon aus, dass die Finanzausgleichsmaße 2011 im Wesentlichen unverändert bleibt und damit die Schlüsselzuweisungen für die Städte und Gemeinden und für den Kreis in etwa das Niveau von 2010 erreichen. Diese Annahme ist allerdings nur deshalb gerechtfertigt, weil wir mit dem zusätzlichen Geld aus dem Nachtragshaushalt von rd. 300 Millionen fest rechnen. Deshalb nochmals der dringende Appell an alle politisch Verantwortlichen, dieses Nachtragsgesetz wirklich zügig zu verabschieden – noch in diesem Jahr. Wenn das nicht kommt, müssen wir uns völlig neu orientieren.

Weiter gehen wir davon aus, dass wir nächstes Jahr rd. 3,3 Mio. Euro mehr an den Landschaftsverband zahlen müssen, also anstatt 73,7 Mio. nunmehr 77 Mio. Euro. Die Leistungen des Landschaftsverbandes im Rahmen der Eingliederungshilfe sind alternativlos - wie man das heute so schön neudeutsch sagt. Diese Hilfen sind notwendig und stehen den behinderten Menschen in Westfalen-Lippe ohne Einschränkung zu. Aber die Eingliederung von behinderten Menschen ist sicher nicht allein Aufgabe der Städte und Kreise, sondern hier sind alle Ebenen des Staates gefordert, der Bund, die Länder und eben auch die

Kommunen. Gerade in diesen Tagen finden Gespräche mit dem Bundesfinanzminister statt, um zu gerechteren Verteilungsmechanismen bei den Sozialleistungen zu kommen. Auch die Eingliederungshilfe gehört auf die Tagesordnung dieser Expertenrunden.

Der Landschaftsverband hat also einen Mehraufwand, der für den Kreis Unna mit rd. 3,3 Mio. Euro mehr zu Buche schlägt. Ich hoffe allerdings, dass in den nächsten Wochen und Monaten in den politischen Diskussionen noch Bewegung in die Sache kommt. Der Landschaftsverband hat z.B. noch eine ansprechende Ausgleichsrücklage – von der allgemeinen Rücklage gar nicht zu sprechen – die mehr als bisher geplant in Anspruch genommen werden könnte. Es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn auch der Landschaftsverband seine Ausgleichsrücklage wie alle anderen Städte und Kreise nutzt, um den fiktiven Ausgleich des Haushaltes 2011 hinzubekommen.

Auch beim Gemeindefinanzierungsgesetz müssen wir zur Zeit noch mit Annahmen arbeiten. Wir gehen davon aus, dass die Gemeindeschlüsselzuweisungen so bleiben wie in 2010, d.h. rd. 141 Mio. Euro für unsere Kommunen. Auch bei den Kreisschlüsselzuweisungen rechnen wir in 2010 mit rd. 30 Mio. Euro. Mit den schon feststehenden Steuerkraftmesszahlen der Städte und Gemeinden ergibt das eine Umlagegrundlage für den Kreishaushalt von rd. 437 Mio. Euro. Das sind rd. 19 Mio. Euro weniger als in 2010. Im Jahre 2009 hatten wir noch Umlagegrundlagen von fast 470 Mio. Euro, d.h. wir haben in den letzten zwei Jahren rd. 33 Mio. Euro an Umlagegrundlagen verloren – ganz sicher auch eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Soweit zu den Erträgen, nun zum Aufwand.

Ich habe in den letzten Jahren immer wieder davon berichten müssen, dass die Sozialaufwendungen unaufhörlich steigen und eigentlich jeden Rahmen sprengen. 2011 ist das anders. Mussten wir noch für das Jahr 2010 von einem Zuschussbedarf für den gesamten Fachbereich „Arbeit und Soziales“ von 126 Mio. Euro rechnen, können wir für 2011 mit einem Zuschussbedarf von „nur“ 123 Mio. auskommen. Das ist meines Wissens das erste Mal, dass die Sozialaufwendungen nicht steigen - und ich bin immerhin auch schon über 23 Jahre beim Kreis Unna. Wesentliche Ursache dafür ist eine spürbare Verringerung der Kosten der Unterkunft von rd. 89 Mio. auf 84 Mio. Euro. Die Bedarfsgemeinschaften sind nicht mehr angestiegen, sondern sie sind sogar leicht rückläufig. Aber auch die wachsenden Erträge, insbesondere durch die strukturellen Verbesserungen beim Wohngeldentlastungsgesetz, tragen zu diesen besseren Zahlen für das Jahr 2011 bei.

Nimmt man nun Erträge und Aufwendungen zusammen und setzt sie ins Verhältnis zueinander, so ergibt sich - und das ist die eigentliche Botschaft dieses Haushaltes -, dass wir in 2011 tatsächlich insgesamt weniger Geld von den Städten und Gemeinden benötigen als noch in 2010. Nach den derzeitigen Planungen gehen wir davon aus, dass die Kreisumlage rd. 225 Mio. Euro ausmacht, das sind rd. 2,2 Mio. Euro weniger als noch in 2010. Das ist die gute Nachricht dieses Haushaltes. Da jedoch die Umlagegrundlagen - wie eben dargestellt - deutlich gesunken sind, bedeutet dieser niedrige Zahlbetrag tatsächlich einen höheren Umlagehebesatz von zur Zeit 51,6 Punkte. Aber - vergessen Sie diesen Umlagehebesatz sofort wieder, es kommt entscheidend auf den Zahlbetrag an. Bei den Diskussionen zum Haushalt spielen natürlich die Umlagesätze - sozusagen vom Bauchgefühl her - politisch eine wichtige Rolle. Sie sind aber eigentlich zu vernachlässigen, weil es letztlich um die Frage geht, was tatsächlich zu zahlen ist: und das ist - meine Damen und Herren - im Jahre 2011 insgesamt weniger als 2010.

Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder Einsparungsrunden vorgenommen, die durchaus schmerzhaft und politisch auch sehr umstritten waren – aber auch sehr erfolgreich, was die Zahlen anging. Ich will hier nicht bei 1990 anfangen, aber wir haben in den Jahren 2002 bis 2006 (Aufgabenkritik) und dann von 2006 bis 2010 (Finanzstrukturkommission) tatsächlich erhebliche Einsparungen realisiert, insbesondere im Bereich des Personals. Heute stehen wir wieder vor einer neuen Konsolidierungsrunde, diesmal in Begleitung durch private Berater, nämlich die Firmen S+E und Rödl + Partner. Seit dem Sommer haben wir gemeinsam mit den Beratern um weitere Potenziale im Kreishaushalt gerungen und sie zur politischen Diskussion gestellt. Der Arbeitsprozess ist bisher sehr gut verlaufen, die Berater haben entsprechende Möglichkeiten aufgezeigt – in der Kernverwaltung, bei den Beteiligungen und im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit. Auch für den Bereich der Kosten der Unterkunft und den Hilfen zur Erziehung zeichnen sich einige Effekte ab.

Diese möglichen Einsparungen konnten natürlicherweise von mir noch nicht in dem Haushalt eingeplant werden, das ist aufgrund der Zeitabfolge schlichtweg auch nicht möglich. Es ist aber absehbar, dass sie

für 2011 noch bei der Verabschiedung dieses Haushaltes beraten und beschlossen werden können. Es wird also auf jeden Fall eine Änderungsliste geben, die den Kreishaushalt noch mal zu Gunsten der Städte und Gemeinden verändern und damit eine weitere Entlastung bringen könnte.

Für heute kann ich verbindlich erklären, dass alle weiteren Entwicklungen - von wo sie auch immer herkommen - genutzt werden, um die Umlage so niedrig wie möglich zu halten. Allerdings weise ich aber auch darauf hin, dass mögliche Verschlechterungen nicht kompensiert werden können. Nachteile wie Vorteile müssen daher jeweils eins zu eins ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushaltes weitergegeben werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz herzlich und ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen im Haus für ihre hervorragende Arbeit danken. Das gilt auch für den Personalrat, der uns das ganze Jahr über kritisch und konstruktiv begleitet hat – auch im Rahmen des Konsolidierungsprozesses.

Trotz der enormen Arbeitsbelastung haben alle Kolleginnen und Kollegen – an welchem Arbeitsplatz auch immer - dafür gesorgt, dass der Kreis Unna auf allen Feldern erfolgreich für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Wir werden auch an dem seit Jahren eingeschlagenen strikten Kurs der Konsolidierung und der Aufgabenkritik festhalten – das gilt auch für diesen neuen Konsolidierungsprozess. Ich weise allerdings darauf hin, und zwar diesmal in meiner Funktion als zuständiger Dezernent für Personal und Organisation, dass weitere größere Personaleinsparungen nicht mehr zu machen sind, so auch die Aussage der Berater und der GPA.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch den Kolleginnen und Kollegen des Steuerungsdienstes danken – und zwar jedem Einzelnen von ihnen. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten, aber eigentlich das ganze Jahr über mit großem Engagement und herausragenden Arbeitsergebnissen dafür gesorgt, dass der Kreis Unna in diesen schwierigen Zeiten nie die Orientierung verloren hat – daher zu Recht die Bezeichnung „Steuerungsdienst“ für diesen Fachdienst.

Wie jedes Jahr stehen wir Ihnen mit Rat und Tat in den Fraktionen zur Seite, um Ihnen die Entscheidungen leichter zu machen oder zur Entscheidungsfindung beizutragen. Die Beschlüsse müssen Sie allerdings selber fassen, dafür wünsche ich Ihnen gute Beratungen, intensive Diskussionen und am Ende eine glückliche Hand für Ihre Entscheidungen.

Vielen Dank und Glück auf!